Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Nahezu aussichtslose Verhandlungen zwischen den USA und Iran
2. Kritik an Netanjahus verpassten Kriegszielen
3. Kanonenboot-Politik: The Germans to the front
4. NATO in der Krise: Trump erwähnt Austritt – und droht mit Truppenabzug aus Deutschland
5. Dossier: Deutsche Drohnenunternehmen im Ukraine-Krieg
6. Nach den Wahlen ist vor den Wahlen
7. Bildung in Deutschland: Wert oder Auslaufmodell?
8. Body Drain: Wenn Wohlstand auf fremden Körpern gebaut wird
9. Nur unter 30 Prozent der KI-Projekte erreichen ihre Ziele
10. Mexikos Regierung erklärt dem Bargeld den Krieg
11. «Wir haben ein kleines Stück Rechtsgeschichte geschrieben.»
12. Corona-Impfung: Paul-Ehrlich-Institut meldet hunderte schwere Nebenwirkungs-Verdachtsfälle zu spät
13. Wegen Kritik an der Corona-Politik? Uni München versetzt Professor in den Ruhestand
14. Westlicher Nihilismus
15. Veranstaltungshinweise der Woche

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Nahezu aussichtslose Verhandlungen zwischen den USA und Iran**

Der «10-Punkte-Plan» Irans und der «15-Punkte-Plan» der USA liegen meilenweit auseinander. Das zeigt ein Vergleich.
Irans vorgeschlagener«10-Punkte-Plan» kann nicht der Grund gewesen sein, dass Präsident Trump in die zweiwöchige Waffenruhe einwilligte. Denn Irans Forderungen widersprechen den Vorstellungen der USA diametral.
Trotz Trumps völkerrechtswidriger Rhetorik, es würde eine «ganze Zivilisation sterben» und er werde «den Iran zurück in die Steinzeit bomben», verlangt der iranische «10-Punkte-Plan» lauter Zugeständnisse der USA.
Doch offensichtlich hält Trump das Risiko für zu gross, dass eine Ausweitung des Krieges seine politische Zukunft gefährden würde.
Quelle: Infosperber

2. **Kritik an Netanjahus verpassten Kriegszielen**
   Während die Kampfpause im Krieg gegen den Iran weltweit mit Erleichterung aufgenommen wurde, ist sie für Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu eher ein Rückschlag. Kommentatoren im Land sehen diesen als vorläufigen Verlierer des Krieges, weil er trotz militärischer Erfolge all seine Kriegsziele nicht erreicht habe. Die Opposition spricht gar von „Versagen“.
   Quelle: ORF
3. **Kanonenboot-Politik: The Germans to the front**
   Beginnende Debatte über Beteiligung Deutschlands an Marineeinsatz im Persischen Golf. Linke rät ab, Grüne unter »europäischer« Flagge an Bord
   Ob der am Dienstag präsentierte Waffenstillstandsplan im Krieg der USA und Israels gegen den Iran am Ende der Woche noch Bestand haben wird, war am Donnerstag offen – vor allem wegen der israelischen Angriffe auf den Libanon. In Berlin allerdings wird trotz dieser Lage bereits über eine deutsche Beteiligung an einer möglichen NATO-Marinemission zur »Sicherung des Schiffsverkehrs« im und am Persischen Golf in Gang gesetzt. Vor einem solchen Schritt warnte der Linke-Kovorsitzende Sören Pellmann die Bundesregierung eindringlich. Eine entsprechende Forderung hatte unter anderen der Verteidigungspolitiker Thomas Erndl (CSU) am Mittwoch aufgestellt.
   Quelle: junge Welt
4. **NATO in der Krise: Trump erwähnt Austritt – und droht mit Truppenabzug aus Deutschland**
   US-Präsident Donald Trump besprach am Mittwoch im Weißen Haus mit Mark Rutte, dem Generalsekretär des Bündnisses, dass die USA die NATO verlassen könnten. Der US-Präsident ist empört über die mangelnde Unterstützung durch Verbündete, seit die USA und Israel vor sechs Wochen damit begonnen haben,

den Iran zu bombardieren. NATO-Mitglieder wie Großbritannien, Italien und Spanien haben sich geweigert, US-Bombern die Nutzung ihrer Stützpunkte für Angriffe auf den Iran zu gestatten, und Druck von Trump zurückgewiesen, bei der Entblockierung der Straße von Hormus zu helfen.
Während er sich auf Gespräche mit Rutte vorbereitete, erklärte der US-Präsident, die NATO-Verbündeten seien „getestet worden, und sie sind durchgefallen“, weil sie den USA im Konflikt mit dem Iran nicht zu Hilfe gekommen seien. Nach dem Treffen setzte Trump auf seiner Plattform Truth Social seine Angriffe auf das Bündnis fort.
Quelle: FR Online

Anmerkung Christian Reimann: *Wenn das stimmt, wären das gute Nachrichten: NATO in der Krise und die USA erwägen (mal wieder) den Austritt. Dann könnte Deutschland auf das „Ausgabenziel von fünf Prozent“ zugunsten des Militärs verzichten und das Geld stattdessen in sinnvolle Projekte investieren – z.B. in gute Bildung & Wissenschaft, ein funktionierendes günstiges Gesundheits- und Pflegesystem sowie in die Infrastruktur und gesetzliche Rente.*

dazu: **Kommentar: Die Nato hat bessere Karten als nur Mark Rutte**
Kein Politiker Europas verhält sich so unterwürfig, ja peinlich devot gegenüber Trump wie Nato-Generalsekretär Rutte.
Seit Ruttes Amtsantritt haben die Sprüche aus Washington über die „überflüssige NATO“, die Tiraden gegen die angeblich „undankbaren“ und „unzuverlässigen“ Europäer sowie die Drohungen mit einem Austritt der USA aus der Militärallianz an Häufigkeit und Schärfe sogar zugenommen. Daran wird auch der Besuch Ruttes im Weissen Haus kaum etwas ändern. Selbst wenn er Verständnis oder gar Unterstützung für Trumps völkerrechtswidrigen Krieg gegen Iran signalisiert haben sollte, womit er den Regierungen fast aller europäischen NATO-Staaten sowie Kanadas und der Türkei in den Rücken gefallen wäre.
Quelle: Infosperber

dazu auch: **ICAN verurteilt Trumps Vernichtungsdrohung**
“Eine ganze Zivilisation wird sterben” – ICAN Deutschland verurteilt Trumps Vernichtungsdrohung
US-Präsident Donald Trump hat heute angekündigt, dass „eine ganze Zivilisation heute Nacht sterben” werde, sollte Iran kein Abkommen schließen. ICAN Deutschland verurteilt diese Drohung unmissverständlich, unabhängig

davon, mit welchen Mitteln sie umgesetzt werden soll.
Ob nuklear oder konventionell: das ist angedrohte Massenvernichtung. Sie ist durch keine geopolitische Logik zu rechtfertigen und durch kein Verhandlungsziel zu legitimieren.
ICAN setzt sich für die Abschaffung von Atomwaffen ein, weil diese die extremste Form organisierter Gewalt gegen Zivilbevölkerungen darstellen. Aber wir schweigen nicht, wenn dieselbe Logik – die Bereitschaft, ganze Zivilisationen auszulöschen – in anderer Form auftritt.
Quelle: ICAN

5. **Dossier: Deutsche Drohnenunternehmen im Ukraine-Krieg**
Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Drohnen als dominante taktische Waffengattung etabliert und damit eine industriepolitische Dynamik ausgelöst, die das deutsche Verteidigungsengagement tiefgreifend verändert. Was 2022 als Ertüchtigungshilfe begann, ist heute ein strukturiertes Koproduktionsverhältnis, in dem deutsche Unternehmen ukrainische Kampferfahrung mit eigener Fertigungskapazität verbinden — und die Bundeswehr beides als Modernisierungsimpuls nutzt.
Den Charakter dieser Kooperation hat Verteidigungsminister Boris Pistorius ungewöhnlich offen benannt: „Das Ganze hat Vorteile für alle Seiten: Wir unterstützen damit die Ukraine in ihrem Kampf. Wir profitieren aber auch selbst, wir lernen von den unfassbar großen Datenmengen und den vielen Erfahrungen, die auf dem Gefechtsfeld in der Ukraine gesammelt werden. Und das ist aufgrund der rasanten, teilweise nur wenige Wochen und Monate umfassenden Innovationszyklen in diesem Bereich von immenser Bedeutung für beide Seiten.“[2]
Diese Aussage markiert den analytischen Kern des Dossiers: Die Ukraine fungiert nicht nur als Empfängerin von Hilfsleistungen, sondern strukturell als Erprobungsumgebung, deren Daten und Erfahrungen direkt in deutsche Rüstungsentwicklung und Bundeswehr-Beschaffung einfließen.
Quelle: Arno Gottschalk auf Erhard-Eppler-Kreis

dazu auch: **Boom im Krieg: Ukrainische Rüstungs-Start-ups wachsen rasant – Kritik am Staat**
Drohnen, KI und Milliardeninvestitionen treiben die ukrainische Rüstungsindustrie. Doch Profite sind gedeckelt, Exporte begrenzt – und Kritik an staatlichem Einfluss wächst.
Vier Jahre nach Beginn des russischen Großangriffs hat sich die ukrainische

Rüstungsindustrie grundlegend verändert. Was einst aus improvisierten Drohnenprojekten von IT-Ingenieuren bestand, entwickelt sich zunehmend zu einem professionellen, kapitalgetriebenen Sektor.
Quelle: Berliner Zeitung

6. **Nach den Wahlen ist vor den Wahlen**
   Die Landtagswahlen und Umfragen zeichnen ein neues politisches Bild: Die SPD stürzt ab und die AfD steigt ebenso unaufhaltsam auf, was der Union und ihrem künftigen Juniorpartner, den Grünen, sowohl Schwierigkeiten als auch Chancen bereitet.
   Die Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben Entwicklungen vorangetrieben, die die politische Klasse und ihre wohlwollenden Beobachter in den Medien seit langem in Angst und Schrecken versetzen. Zusätzlich haben sie neue Fragen aufgeworfen und neue Probleme erzeugt, die dem regierenden Personal das Leben noch schwerer machen werden als bisher – wenn auch nicht der FDP, der sie als erster ein unrühmliches Ende bereitet haben.
   Quelle: Wolfgang Streeck auf Jacobin
7. **Bildung in Deutschland: Wert oder Auslaufmodell?**
   Zwischen Fachkräftedruck, Globalisierung und KI gerät Bildung unter die Räder – und verliert ihren Wert als Grundlage von Kultur und Kritikfähigkeit.
   In Deutschland verliert Bildung zunehmend an Bedeutung. Die Politik fordert, dass Jugendliche möglichst schnell ins Berufsleben eintreten und produktiv tätig werden. In diesem Zusammenhang werden Universitäten zunehmend durch Hochschulen verdrängt. Letztere sollen den aktuellen Fachkräftebedarf decken, vernachlässigen dabei jedoch eine umfassendere Bildung.
   Die Zeiten, in denen Bildung in Deutschland einen Wert an und für sich darstellte und der Fokus auf der Bildungstechnik und weniger auf den Inhalten lag, sind lange vorbei. Weder Latein noch Griechisch spielen heute im schulischen Umfeld noch eine Rolle.
   Quelle: Telepolis
8. **Body Drain: Wenn Wohlstand auf fremden Körpern gebaut wird**
   Nicht nur Köpfe, auch Körper fließen ab: Wohlstandszentren saugen physische Arbeitskraft aus der Peripherie. Was steckt hinter dem Phänomen?
   Seit Jahrzehnten beschreibt der Begriff Brain Drain die Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte aus ökonomisch schwächeren Regionen in wohlhabendere Zentren. Ärzte aus Osteuropa, Ingenieure aus Indien oder IT-Spezialisten aus Afrika verlassen ihre Herkunftsländer, weil die Löhne, Arbeitsbedingungen und Lebensperspektiven anderswo deutlich besser sind.

Für die Herkunftsgesellschaften bedeutet dies den Verlust dringend benötigter Expertise, während die Zielländer von bereits ausgebildetem Humankapital profitieren.
Quelle: Telepolis

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Das ist brutal und im Detail in allen Konsequenzen analysiert: der Wohlstand der einen ist auf der Ausbeutung und dem Elend der anderen aufgebaut. Allerdings: wessen Wohlstand genau? Sicher nicht die, die in Arbeitskonkurrenz zu den Migranten gesetzt werden, deren Löhne gedrückt oder deren Stellen an billigere Ausländer gegeben werden; sicher auch nicht diejenigen, die mit immer mehr anderen Menschen um immer teurere Wohnungen konkurrieren müssen. Wohl aber wächst der Wohlstand derjenigen, die eh schon viel Geld haben und dieses noch vermehren möchten, koste es (die anderen), was es wolle. Nur eine weitere Facette der Umverteilung von unten nach oben.*

9. **Nur unter 30 Prozent der KI-Projekte erreichen ihre Ziele**
   Gartner hat nachgefragt, warum KI -Projekte in Unternehmen scheitern. Selbstheilende Infrastruktur und agentengesteuertes Workflow-Management machen die meisten Probleme.
   Nur 28 Prozent der KI-Anwendungen in Unternehmen sind ein voller Erfolg geworden. Das ergab eine Umfrage von Gartner unter 782 Führungskräften im Bereich Infrastruktur und Betrieb (I&O), die am 7. April 2026 veröffentlicht wurde. 20 Prozent der KI-Projekte scheiterten demnach vollständig.
   „Die Misserfolgsquote von 20 Prozent ist hauptsächlich auf KI-Initiativen zurückzuführen, die entweder zu ambitioniert oder unzureichend definiert sind. KI, die nicht in die Betriebsabläufe des Unternehmens integriert ist, kann keinen Return of Investment erzielen“, sagte Melanie Freeze, Director Research bei Gartner.
   Quelle: Golem
10. **Mexikos Regierung erklärt dem Bargeld den Krieg**
    Mexikos Regierungschefin Claudia Shienbaum hat angekündigt, dass sie mit Zwangsmaßnahmen dafür sorgen will, dass die Mexikaner mehr digital bezahlen. Als ersten Schritt will sie Barzahlungen in „strategischen Sektoren“ verbieten. Anfangen will sie mit Tankstellen und Mautstellen.
    Die neue Anti-Bargeld-Initiative der mexikanischen Regierung, die Shienbaum auf einem Bankenkongress am 19. März in Cancun vorstellte, ergänzt deren Bestrebungen, einen biometrischen Identitätsnachweis zur Bedingung für die

Nutzung von Mobiltelefonie, Internet und immer mehr sonstigen Diensten zu machen.
Mexiko ist eines der bargeldaffinsten Länder. Mehr als drei Viertel der Bezahlvorgänge werden mit Bargeld abgewickelt. Rund die Hälfte der Bevölkerung ist im informellen Sektor beschäftigt. In weiten Teilen des ländlichen Raums gibt es kein Internet und oft auch keinen oder schlechten Mobilfunkempfang. Aus solchen Gründen kritisiert der Ökonomieprofessor Alejandro Gómez Tamez die ruppige Vorgehensweise der Regierung als unangemessen und diskriminierend (spanisch).
Quelle: Norbert Häring

Anmerkung Christian Reimann: *Auch deutsche Bundesregierungen finden ein Leben ohne Bargeld besser. Bekannt sein sollte, dass Bundesregierungen den Kampf der Better Than Cash Alliance gegen das Bargeld mitfinanziert haben. Bitte lesen Sie dazu u.a. Wieso finanziert Bundesregierung die „Better Than Cash Alliance“ von US-Finanzdienstleistern? und Die Bundesregierung erhöht die Förderung des Kampfs der Better Than Cash Alliance gegen das Bargeld mit einer Anmerkung. Erinnert sei z.B. auch an diese NachDenkSeiten-Beiträge:*

a. *Bargeld müsste man erfinden, wenn es das nicht gäbe*
b. *Der „Krieg gegen das Bargeld“ ist eine milliardenschwere Ölquelle für den Finanzsektor*

11. **«Wir haben ein kleines Stück Rechtsgeschichte geschrieben.»**
Eine durch die AstraZeneca-„Impfung” geschädigte Zahnärztin hat vor dem Bundesgerichtshof gegen den Impfstoffhersteller geklagt. Sie erhält volle Einsicht in die Daten des Pharmaunternehmens.
Anfang März 2021 erleidet eine Zahnärztin kurz nach der Injektion mit dem AstraZeneca-Impfstoff gegen das Coronavirus schwere Nebenwirkungen. Nach mehreren Gerichtsverhandlungen und fünf Jahren Rechtsstreit erreicht sie vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe eine «Waffengleichheit» mit dem Pharmaunternehmen.(VI ZR 335/24) Die vorherigen Gerichtsentscheidungen attestierten dem „Impfstoff“ pauschal ein positives Nutzen-Risiko-Verhältnis, ohne vollen Zugang zu sämtlichen Daten gehabt zu haben. Diesen exklusiven Zugang hatte nur AstraZeneca. Nun muss der Impfstoffhersteller sämtliche Daten offenlegen, damit der allgemeine Nutzen des Produkts von Dritten geprüft werden kann. So ist es außerdem möglich festzustellen, wann AstraZeneca über welche schwerwiegenden Nebenwirkungen informiert war

und ob das Unternehmen die impfenden Ärzte unverzüglich über diese Alarmsignale informiert hat. Nur so hätten die impfenden Ärzte die Impflinge umfassend und wirksam aufklären können. Ich habe Frau Dr. Aksoy zu ihrem Prozess befragt.
Quelle: Bastian Barucker

12. **Corona-Impfung: Paul-Ehrlich-Institut meldet hunderte schwere Nebenwirkungs-Verdachtsfälle zu spät**
Das staatliche Paul-Ehrlich-Institut (PEI) hat hunderte Verdachtsfälle auf schwerwiegende Nebenwirkungen nach einer Corona-Impfung erst Monate später an die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) gemeldet. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD vom 27. März hervor. Konkret geht es um Verdachtsfälle, die während der Corona-Impfkampagne im Rahmen einer Studie mithilfe der „SafeVac2.0-App“ erhoben und ausgewertet wurden. „Schwerwiegend“ sind Nebenwirkungen laut Arzneimittelgesetz etwa dann, wenn sie tödlich enden, lebensbedrohlich sind oder zu Krankenhausaufenthalten, bleibender Behinderung oder Geburtsfehlern führen.
Quelle: multipolar
13. **Wegen Kritik an der Corona-Politik? Uni München versetzt Professor in den Ruhestand**
Die LMU München hat den Kommunikationswissenschaftler Michael Meyen in den Ruhestand versetzt. Vorausgegangen waren jahrelange Disziplinarverfahren.
Die Corona-Pandemie ist zwar zu Ende und verschiedene Ausschüsse in Bundestag und Landtagen versuchen sie aufzuarbeiten, aber manch einer bekommt die Folgen seines Verhaltens auch jetzt noch zu spüren. Einer von ihnen: Journalismusprofessor Michael Meyen. Er hatte in der Pandemie eine kritischere Berichterstattung über die Maßnahmen eingefordert.
Der Kommunikationswissenschaftler ist von der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden. Damit endet ein jahrelanger Konflikt zwischen dem Professor, staatlichen Stellen und seiner Universität.
Quelle: Berliner Zeitung
14. **Westlicher Nihilismus**
Als Soziologe analysiert Emmanuel Todd Bevölkerungsstatistiken sowie die Bedeutung von Familienstrukturen und Religionen. Als Historiker analysiert er Geopolitik. In seinem jüngsten Buch wird klar, wie diese Forschungsgebiete zusammenhängen. Darin analysiert er den Ukrainekrieg – und die Rolle des

Westens.
Quelle: Ökologiepolitik

15. **Veranstaltungshinweise der Woche**
    a. **Kanonen statt Butter? – Über den Zusammenhang von Aufrüstung und Sozialabbau**
    Ulrike Eifler, Gerwerkschaftssekretärin, Würzburg
    Mitorganisatorin der „Gewerkschaftskonferenzen für den Frieden“
    Freitag, 17. April 2026 / 18.00 Uhr / Europahaus Aurich/ von -Jheringstr. 33
    Das Forum für Frieden & Demokratie ist ein Zusammenschluss von vier Privatpersonen aus Aurich, die sich zum Ziel gesetzt haben friedenspolitische und demokratiefördernde Themen als Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu organisieren.

Anmerkung der Redaktion: *Wenn Sie auf eine interessante Veranstaltung hinweisen wollen, dann schicken Sie uns bitte die nötigen Informationen mit dem Betreff „Veranstaltungshinweise“ an hinweise@nachdenkseiten.de. Die Veranstaltungshinweise erscheinen wöchentlich am Freitag im Rahmen der Hinweise des Tages II.*